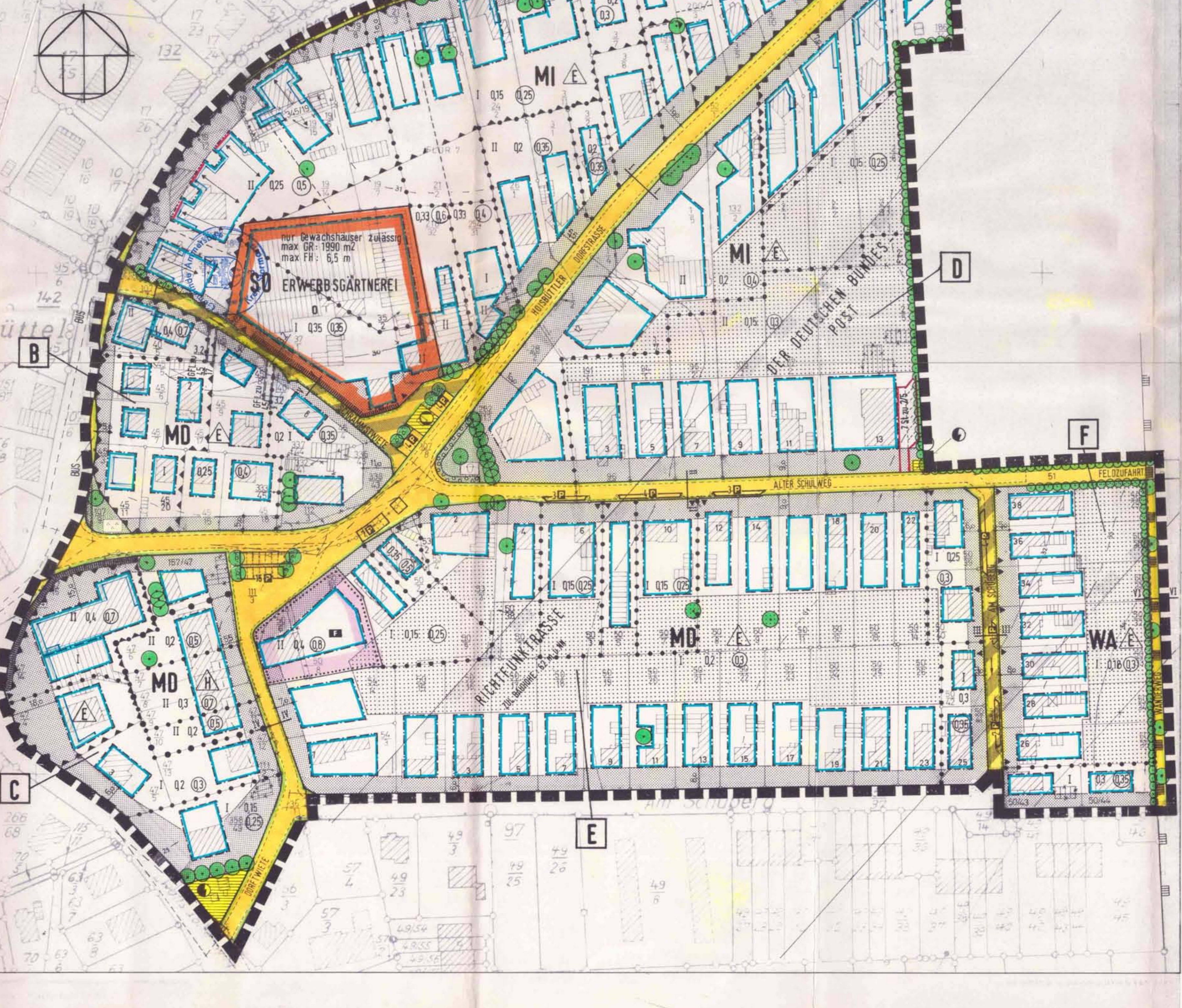


SATZUNG DER GEMEINDE AMMERSBEK ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. B 10 "IM DORFE HOISBÜTTEL"

PLANZEICHNUNG TEIL A

ES GILT DIE BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BauNVO) VOM 15. SEPTEMBER 1977 (BGBl. I S. 1763)
M 1:1000



ZEICHENERKLÄRUNG

WA	Allgemeines Wohngebiet	§4	BauNVO
MD	Dorfgebiet	§5	BauNVO
MI	Mischgebiet	§6	BauNVO
SO	Sondergebiet Erwerbsgärtner	§11	BauNVO
2. Maß der baulichen Nutzung			
Q2/maxGR	Geschossflächenzahl	§16	BauNVO
I	Grundflächenzahl / max	§16	BauNVO
maxFH	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze	§16	BauNVO
max zulässige Firsthöhe			
0	3. Bauweise, Baulinie, Bauvorne	§12	BauNVO
offene Bauweise			
▲	nur Einzelhäuser nur Hausgruppen zulässig	§22	BauNVO
▲	Baulinie	§23	BauNVO
—	Bauvorne	§23	BauNVO
Stellung der baulichen Anlage (Hauptfirstrichtung)			
■	5. Flächen für den Gemeinbedarf	§9(1)5	BauG
■	Feuerwehr		
5. Verkehrsflächen			
■	Straßenverkehrsfläche		
■	Straßenverkehrszone		
■	Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung		
■	öffentliche Parkfläche (Verkehrsberuhigung)		
■	Ein- bzw. Ausfahrt		
■	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt		
6. Flächen für Versorgungsanlagen			
■	Elektrizität	§9(1)2	BauG
■	Gas		
7. Öffentliche Grünflächen			
■	Parkanlage	§9(1)3	BauG
■	Spielplatz		
8. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft			
●	Bäume, bzw. Kniek anzupflanzen	§9(1)2	BauG
●	Bäume, bzw. Kniek zu erhalten	§9(1)2	BauG
■	Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	§9(1)2	BauG
9. Sonstige Festsetzungen			
■	von Hebelanlagen freizuhaltenen Vorgartenflächen (siehe Text Teil B Nr. 3 a)		
■	von Hebelanlagen freizuhaltenen Flächen des Innenbereichs (siehe Text Teil B Nr. 3 b)		
■	Flächen für Stellplätze	§9(1)4	BauG
■	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen	§9(1)2	BauG
■	Umgestaltung der Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes, die von der Bebauung freizuhalten sind	§9(1)1	BauG
■	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs	§9(1)7	BauG
■	Abgrenzung des Maßes der Nutzungen	§16(5)	BauNVO
Abgrenzung der Bauweise			
KENNZEICHNUNGEN UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN			
■	Grenze des Landschaftsschutzgebietes		
■	Richtfunktrasse der Deutschen Bundespost, zukünftige Bauhöhe 62 m u. III		
DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER			
■	vorhandene Haupt- und Nebengebäude		
■	Flurstücksbezeichnung		
■	Gebäude und Grenzen künftig fortfallend vorsehende Grundstücksgrenzen		
■	Aufteilung der Verkehrsfläche, Fahrtrichtung		
■	Hausnummer		
■	Sichtdreieck (Sichtfläche)		
■	Kennbuchstabe des Baugbietes		
■	Baugraben		
■	Verkehrsplan		

TEXT-TEIL B

Für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes gilt zusätzlich die Satzung der Gemeinde Ammersbek zum Schutz des Baumbestandes vom 5. 11. 1983

1. In allgemeinen Wohngebiet F werden die Ausnahmen unter § 4 (3) BauNVO gem. § 1(6)1 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

2. Es wird festgesetzt, daß gem. § 1(5) BauNVO in Dorfgebiet E die Nutzungen unter § 5(2)7 BauNVO (sonstige nicht störende Gewerbetriebe) und § 5(2)10 BauNVO (Tankstellen) nicht zulässig sind.

3. Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandflächen zulässig sind, sind unzulässig:

a) in den in der Planzeichnung festgesetzten Vorgartenflächen;

b) in den in der Planzeichnung festgesetzten Innenbereichen der Gebiete D, E, F

Ausnahmen von b sind aufgrund § 31(1) BBauG im Einvernehmen mit der Gemeinde zulässig, soweit es sich um Anlagen mit einem Volumen von max. 20 m³ handelt.

4. Für die gem. § 9(1)24 BBauG in der Planzeichnung (Teil A) festgesetzten Flächen entlang der Lubecker Str./Hoisbüttel/Dorfstr. sind passive Schallschutzmaßnahmen an den Gebäuden zum Schutz vor schädlichen Schallemissionen erforderlich.

An den in der Planzeichnung besonders gekennzeichneten Gebäuden sind Fenster mit einem Mindestmaß von 35dB und die Immissionsminderung durch Aufhängende mit einem Mindestmaß von 10dB vorzusehen.

Die Anordnung der Fenster von Schlafräumen an den der Lubecker Straße zugewandten Gebäudeseiten ist unzulässig.

5.äußere Gestaltung der baulichen Anlagen

5.1 Die Gebäude sind als Verbundbauten mit roten oder braunen Vormauerziegeln zu errichten.

5.2 Es sind nur geneigte Dächer mit 30-40 Grad Dachneigung zulässig; Dachgärten sind in einer Breite von max. 1/2 der Breite der jeweiligen Dachfläche zulässig.

Soll an bestehende Gebäude, die eine andere Dachneigung als 30-40 Grad haben, angehängt werden, so kann gem. § 31(1) BBauG im Einvernehmen mit der Gemeinde die vorhandene Dachneigung übernommen werden, sofern die unter Ziffer 5.4 festgesetzten Firsthöhen dabei nicht überschritten werden.

5.3 Die Sockelhöhe der Gebäude darf max. 0,50 m über der vorhandenen mittleren Geländeoberfläche des jeweiligen Grundstückes, der sich zwischen der Straßengrenzungsline und der vorderen Baugrenze befindet, liegen.

5.4 Die Firsthöhe der eingeschossigen Gebäude darf max. 8,50 m, die der zweigeschossigen Gebäude max. 12,0 m über der vorhandenen, mittleren Geländeoberfläche des jeweiligen Grundstückes liegen.

5.5 Freistehende und angebaute Garagen und zulässige Nebenanlagen haben sich in Material und Farbe dem Hauptgebäude anzupassen.

6. Gestaltung der nicht überbaubaren Grundstücksflächen

6.1 Als Einfriedung sind Holzzäune, 1,0m hoch oder lebende Hecken mit eingrünem Maschendrahtzaun, 1,0m hoch zulässig. Hecken sind in einem Abstand von mind. 0,50m von der Straßengrenzungsline zu pflanzen.

6.2 Im Bereich vor der Bebauung freizuhaltenen Flächen (Sichtflächen), ist eine Bepflanzung und Einfriedung über 0,70m Höhe, gemessen vom Straßenniveau, unzulässig.

6.3 Die in der Planzeichnung festgesetzten Einzelbäume sind gem. § 9(1)25b BBauG dauernd zu erhalten.

6.4 Es ist je Grundstück nur eine Ein- bzw. Ausfahrt zulässig.

7. Die Gemeindevertretung hat über die vorgeschriebenen Gedanken und Anregungen sowie über die Stellungnahmen am 02. Juli 1985 entschieden, das Ergebnis ist mit Schreiben vom 06. Aug. 1985...

8. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit von 18.01.1984 bis zum 20.02.1984 während der gesamten Dienststunden öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen in der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 10.01.1984 im Stornamer Tagblatt ortsüblich bekannt gemacht worden.

Ammersbek, den 06.08.1985
Bürgermeister

9. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit von 03.08.1984 bis zum 03.09.1984 während der gesamten Dienststunden öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Sprechstunden in der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 26.07.1984 im Stornamer Tagblatt ortsüblich bekannt gemacht worden.

Ammersbek, den 06.08.1985
Bürgermeister

10. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit von 03.08.1984 bis zum 03.09.1984 während der gesamten Dienststunden öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Sprechstunden in der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 26.07.1984 im Stornamer Tagblatt ortsüblich bekannt gemacht worden.

Ammersbek, den 06.08.1985
Bürgermeister

11. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit von 03.08.1984 bis zum 03.09.1984 während der gesamten Dienststunden öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Sprechstunden in der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 26.07.1984 im Stornamer Tagblatt ortsüblich bekannt gemacht worden.

Ammersbek, den 06.08.1985
Bürgermeister

12. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit von 03.08.1984 bis zum 03.09.1984 während der gesamten Dienststunden öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Sprechstunden in der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 26.07.1984 im Stornamer Tagblatt ortsüblich bekannt gemacht worden.

Ammersbek, den 06.08.1985
Bürgermeister

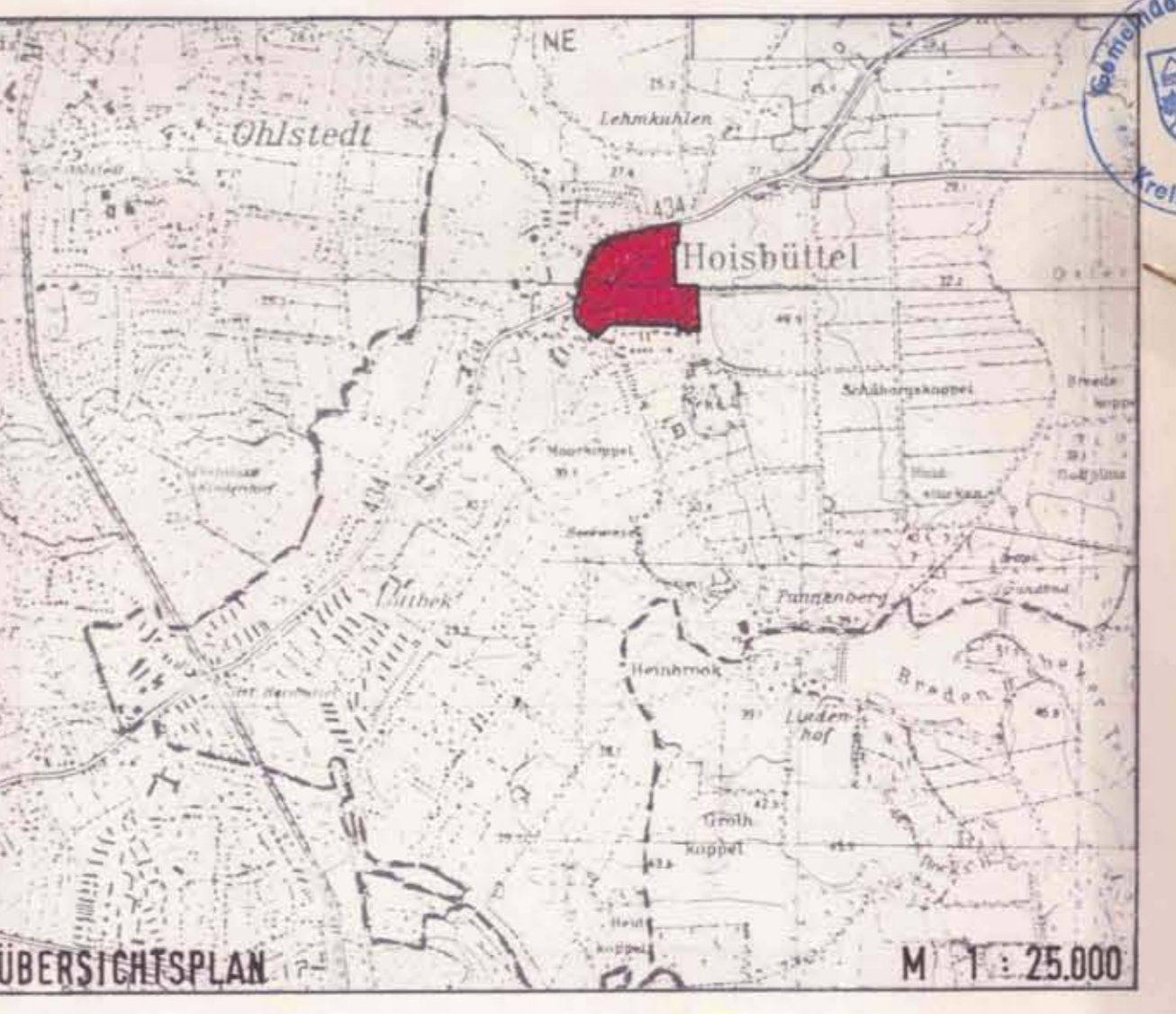
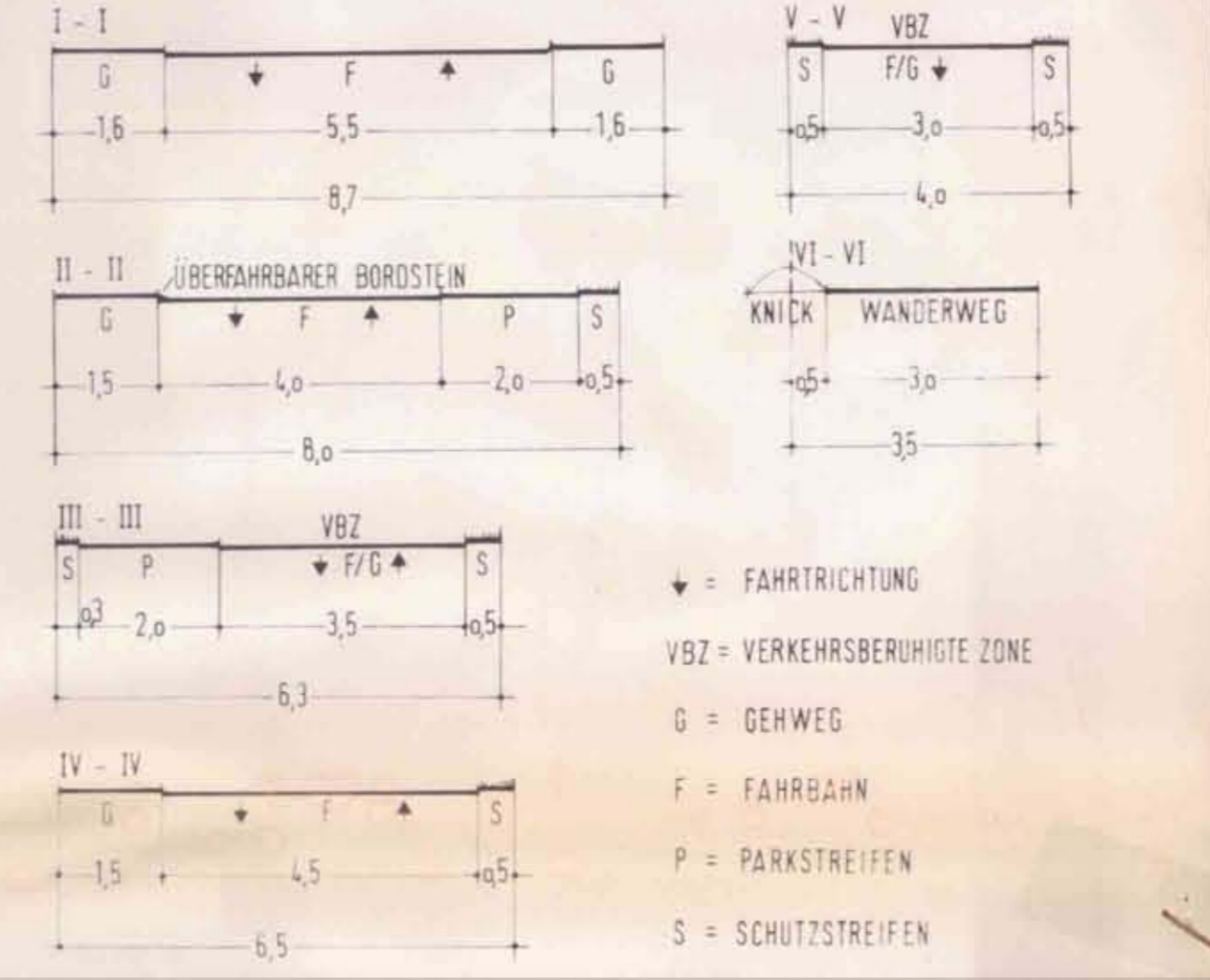
Verfahrensvermerke

- 21. Juli 1977: Auftragserteilung...
- 06. Aug. 1985: ...
- 08. Jan. 1981: ...
- 06. Aug. 1985: ...
- 23. Sep. 1981: ...
- 06. Aug. 1985: ...
- 04. Jan. 1982: ...
- 06. Aug. 1985: ...
- 23. Juli 1985: ...
- 06. Aug. 1985: ...
- 06. Aug. 1985: ...
- 20.05.1986: ...
- 17.11.1984: ...
- 17.11.1984: ...
- 12. Die Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stellungnahmen sind durch den Plan zur Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann, sind am 20.02.1985 im Stornamer Tagblatt ortsüblich bekannt gemacht worden.

PRÄMBEL

Aufgrund des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBl. I. S. 2256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1985 (BGBl. I. S. 1144) sowie nach § 82 der Landesbauordnung (LBO) vom 24. Februar 1983 (GVBl. I. S. 86) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung von 02.07.1985 folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. B 10 "Im Dorfe Hoisbüttel" für das Gebiet östlich der Lubecker Str. (B-434) und nördlich der Straße Am Süberg, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen.

STRASSENPROFILE M 1:100



SATZUNG DER GEMEINDE AMMERSBEK ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. B 10 "IM DORFE HOISBÜTTEL"

VERFAHRENSSTAND NACH § 9a und § 12 Abs. 7 BBauG durchgeführt. Die Beteiligten wurden am 15.11.1985 unterrichtet mit einer Frist bis zum 10.01.1986. Über die fristgemäß eingegangenen Stellungnahmen wurde von der Gemeindevertretung am 25.02.1986 entschieden.

Ergänzung zum Bebauungsplan Nr. B 10 "Im Dorfe Hoisbüttel"

- 13. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit von 18.01.1984 bis zum 20.02.1984 während der gesamten Dienststunden öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen in der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 10.01.1984 im Stornamer Tagblatt ortsüblich bekannt gemacht worden.
- 14. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit von 03.08.1984 bis zum 03.09.1984 während der gesamten Dienststunden öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen in der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 26.07.1984 im Stornamer Tagblatt ortsüblich bekannt gemacht worden.
- 15. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit von 03.08.1984 bis zum 03.09.1984 während der gesamten Dienststunden öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Sprechstunden in der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 26.07.1984 im Stornamer Tagblatt ortsüblich bekannt gemacht worden.